

Herr Gerald Nicolai

Frau Claudia Pleines

Verwaltung

Frau Tomke Hamer

Herr Heinz Hauschild Erster Stadtrat

Frau Beatrix Kuhl

Herr Klaas Plagge

Herr Günther Redenius

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Alexander Beitelmann

Herr Johann-Henning Keitel

Frau Beate Stammwitz

beratende Mitglieder

Herr Dr. Hartmut W. Fischer Vertreter des Runden Tisches

stellv. ber. Mitglieder

Frau Anke Rudolph

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Sozialausschusses vom 03.11.2015 (SozA/XVI/11/2015)
4. Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame nicht öffentliche Sitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 21.01.2016 (SozA/XVI/12/2016)
5. Sanierungsprojekt Soziale Stadt - Sachstandsbericht
6. Aufnahme von Asylbewerbern - Sachstandsbericht
7. Erörterung und Beschluss über die Seniorenarbeit 2016
Vorlage: 1.502/XVI/1208/2016
8. Angemessene Kosten der Unterkunft im Sozialleistungsrecht
Vorlage: 1.502/XVI/1206/2016
9. Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Flüchtlingsunterbringung und Integration" - Antrag der GRÜNEN vom 22. Februar 2016
Vorlage: 1.502/XVI/1211/2016
10. Bildung eines Migrationsbeirates;
Antrag der CDL-Fraktion vom 26.03.2015
Vorlage: 1.502/XVI/1207/2016
11. Bericht des Behindertenbeirates
12. Bericht des Seniorenbeirates
13. Informationen
14. Anfragen
15. Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Tagesordnung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schmidt eröffnete um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Zum Tagesordnungspunkt 9 „Einrichtung einer Steuerungsgruppe Flüchtlingsunterbringung und Integration“ erklärte **Frau Kuhl**, dass mit der entsprechenden Sitzungsvorlage zu diesem Tagesordnungspunkt sämtliche örtliche Aktivitäten im Rahmen der Flüchtlingsarbeit zusammengetragen worden seien. Es stelle sich deshalb die Frage, ob die Einrichtung einer zusätzlichen Steuerungsgruppe tatsächlich effektiv sei und tatsächlich die Integrationsarbeit verbessern würde. Da die Stoßrichtung des Antrages der Fraktion der GRÜNEN vom 22.02.2016 der Konkretisierung bedürfe und zudem die personelle Besetzung der einzurichtenden Gruppe abgestimmt werden müsse, habe sie diesen Tagesordnungspunkt auf die Sitzung des heutigen Sozialausschusses gesetzt.

Frau Kramer verwies auf den einstimmigen Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 24.02.2016. Danach wurde die Verwaltung beauftragt, einen Vorschlag zur Einrichtung einer Steuerungsgruppe zu erarbeiten. Es sei deshalb nicht erforderlich, die Diskussion im heutigen Sozialausschuss fortzusetzen. Sie beantragte deshalb, Nichtbefassung zu TOP 9 der Tagesordnung.

Der Vorsitzende bat um Abstimmung zu dem vorgenannten Antrag.

Beschluss (6 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen):

Der Tagesordnungspunkt 9 „Einrichtung einer Steuerungsgruppe Flüchtlingsunterbringung und Integration“ wird von der Tagesordnung genommen.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Sozialaus- schusses vom 03.11.2015 (SozA/XVI/11/2015)

Beschluss (einstimmig):

Das Protokoll über die Sitzung des Sozialausschusses vom 03.11.2015 (SozA/XVI/011/2015) wird genehmigt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame nicht öffentliche Sitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 21.01.2016 (SozA/XVI/12/2016)

Beschluss (einstimmig):

Das Protokoll über die gemeinsame nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses und des Ausschusses für Stadtentwicklung vom 21.01.2016 (SozA/XVI/012/2016) wird genehmigt.

TOP 5 Sanierungsprojekt Soziale Stadt - Sachstandsbericht

Der Vorsitzende rief den Tagesordnungspunkt auf und bat **Frau Strack**, über den aktuellen Sachstand zu berichten.

- a) Für die Straßen Johannstraße und Auf der Lübsche würde am 29.03. die zweite Anliegerversammlung stattfinden. Nach den jetzigen Planungen werden diese Straßenbaumaßnahmen bis Ende 2017 abgeschlossen sein.
- b) Für den Bereich Fokko-Ukena-Straße findet am 19.04. die zweite Anliegerversammlung statt und für den Bereich Okko-ten-Broek-Straße und Cirksenastraße voraussichtlich am 03.05.2016. Ziel sei es, diese Maßnahmen bis Ende 2018 abzuschließen.
- c) Die Arbeiten an der Ulrichstraße lägen im Zeitplan und würden voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte abgeschlossen.
- d) Die Diskussion zur weiteren Entwicklung des Groß-Karreé insbesondere die aktuellen Planungen des Klinikum seien in der Diskussion. In der Sitzung des StA am 21.04.2016 werde ein Planentwurf vorgestellt. Nach entsprechenden Vorstellungen im Runden Tisch und der Sanierungskommission werde abschließend dem Rat der B-Plan zum Groß-Karreé als Satzungsbeschluss vorgelegt.

TOP 6 Aufnahme von Asylbewerbern - Sachstandsbericht

Zunächst ging die **Bürgermeisterin** auf den Artikel in der Ostfriesen-Zeitung „Grüne und SPD üben harsche Kritik an Kuhl“ vom 12.03.2016 ein. Die gegenüber der Presse gemachten Vorwürfe seien keinesfalls haltbar und spiegelten die Realität nicht wider. Die Sozialverwaltung arbeite mit Hochdruck weiter an einer dezentralen Flüchtlingsunterbringung. So habe man eine Reihe von Wohnungen in Reserve. Aus

Datenschutzgründen sei es jedoch nicht möglich, hier konkrete Gebäude und Straßen zu benennen. Der Sachstand zum Telekom-Gelände sei der Politik hinlänglich bekannt. Mit den bisherigen Maßnahmen sei es ohne weiteres machbar, hier kurzfristig bis zu 30 Menschen sofort unterzubringen.

Nach wie vor sei man in konkreten Verhandlungen zur Nutzung einer Etage im Postgebäude. Die Politik sei hier laufend über den Sachstand informiert worden. Mit den Brüdern Hartema sei vereinbart worden, das ehemalige Bürogebäude der Janssen-Werft im Bedarfsfall als Notunterkunft nutzen zu können.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Prognosen des Landkreises Leer zur Verteilung von Flüchtlingen, sei es aktuell weiterhin nötig, auch größere Projekte zu realisieren. Entsprechende Vorschläge hätten der Politik vorgelegen, würden jedoch in dieser Form mehrheitlich nicht unterstützt.

Zudem habe man der Politik 27 Grundstücke auf deren Anregung hin für Maßnahmen des Sozialen Wohnungsbaus vorgelegt. Eine Reaktion darauf sei bislang nicht erfolgt.

Abschließend unterstrich die **Bürgermeisterin**, dass man nach wie vor an der Zielsetzung einer dezentralen Unterbringung festhalte, jedoch dafür zu sorgen hätte, dass alle zugewiesenen Flüchtlinge mit einem Dach über dem Kopf zu versorgen seien. Dieses sei der Sozialverwaltung bislang hervorragend gelungen.

Herr Hauschild informierte über die aktuelle Flüchtlingssituation in der Stadt Leer. Im Jahre 2015 habe man über 260 Menschen dezentral mit Wohnraum versorgt. Aufgrund der aktuellen Verteilquote müsse die Stadt Leer bis zum 30.04.2016 insgesamt 374 Flüchtlinge aufnehmen. Mit Stichtag 03.03.2016 wurden von dieser Quote bereits 178 Menschen aufgenommen, so dass die Stadt Leer bis zum 30.04.2016 noch 225 Menschen mit einem Dach über dem Kopf zu versorgen hat.

Sollten sich die politischen Rahmenbedingungen nicht ändern, ist davon auszugehen, dass die Stadt im Jahre 2016 noch bis zu 1.000 Menschen erwarten könne.

Anfang des Jahres 2015 lag der Bestand an gemieteten Wohnungen bei 50. Diese Zahl habe sich inzwischen auf 140 Einheiten erhöht. Es bestehen etwa 20 Mietoptionen. Bei Zusammenrücken der bereits untergebrachten Menschen, Berücksichtigung von Rückführungen und freiwilliger Ausreise, können bis Ende April 2016 noch etwa 150 Personen dezentral in Wohnungen eingewiesen werden.

Als größere Objekte stehen das Gebäude am Logaer Sieltief mit bis zu 30 Betten, die Hausmeisterwohnung in der Wilhelmine Siefkes Schule mit ca. 21 Betten (Kapazitätserweiterung auf bis zu 60 Betten ist möglich) und ein von der St. Michael Gemeinde angemietetes Gebäude mit ca. 15 Betten zur Verfügung.

Notunterkünfte zur kurzfristigen Unterbringung könnten kurzfristig in der Industriestraße 16 (30 Menschen) und in der Nessestraße 1a (30 Menschen) eingerichtet werden.

Damit könne es gelingen, die aktuelle Quote aufzunehmen. Wie bisher, arbeite die Sozialverwaltung am Konzept der dezentralen Unterbringung. Bei den zu erwartenden Zuweisungszahlen stoße diese Ausrichtung jedoch deutlich an Grenzen. Es sei deshalb dringend erforderlich, Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten. Entsprechende Möglichkeiten werden weiterhin geprüft. Dabei habe es Priorität vor der Nutzung von Turnhallen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen, sämtliche Möglichkeiten auf dem Privatmarkt oder auch dem öffentlichen Immobilienmarkt auszuschöpfen.

Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz würden aktuell an 160 Bedarfsgemeinschaften mit insgesamt 502 Personen gezahlt. Diese bestehen aus 119 Familien mit 218 Kindern und Jugendlichen. Zudem würden 39 Singlehaushalte betreut.

Von den angemieteten 140 Wohnungen seien 23 Einheiten aus städtischem Bestand, der Bauverein hat 5 Wohnungen an die Stadt Leer vermietet.

Etwa 30 Bedarfsgemeinschaften ist es bereits mit Unterstützung der Sozialverwaltung gelungen, Wohnungen in eigener Regie anzumieten.

Herr Düngemann begrüßte, dass es bislang gelungen sei, die Asylsuchenden dezentral unterzubringen. Er plädiere nach wie vor dafür, keine Ghettobildung zu forcieren, das sei politisch so gewollt. Die Lenkungsgruppe habe nun den Auftrag, die Grundstücksliste nach Möglichkeiten des Sozialen Wohnungsbaus zu untersuchen und dann entsprechende Vorschläge zu machen.

Frau Kramer stimmte **Herrn Düngemann** zu. Die im Verwaltungsausschuss am 24.02. beschlossene Lenkungsgruppe solle die Verwaltung unterstützen, den Sozialen Wohnungsbau in der Stadt Leer voranzubringen.

Nach Auffassung von **Frau Warners** ist die Einrichtung einer Lenkungs- oder Steuerungsgruppe nicht zielführend, da die Verwaltung bereits gute Arbeit leiste und die politischen Gremien zeitnah informiere. Eine Lenkungsgruppe binde zusätzliche Arbeitskraft, die dann für die eigentlichen Aufgaben zur Betreuung der Asylsuchenden fehle.

Auch **Frau Nimmrich** hielt die Einrichtung einer Steuerungsgruppe für nicht erforderlich. Schließlich gebe es die Fachausschüsse, die die Arbeit der Verwaltung begleiten und Zielvorgaben bearbeiten. Für die Abstimmung bestimmter Baugebiete sei insoweit der Bauausschuss das richtige Gremium.

Frau Kuhl unterstrich, dass es nicht Ziel der Verwaltung sei, größere Einheiten einzurichten. Jedoch müsse die Frage beantwortet werden, wie man im Bedarfsfall mehrere hundert Menschen kurzfristig unterbringen könne.

Herr Foest pflichtete bei, dass die Unterbringung von Flüchtlingen Priorität habe. Zur dauerhaften Unterbringung von Flüchtlingen müssten zudem auch größere Einheiten von 20 – 50 Personen geschaffen werden, da der Wohnungsmarkt in Leer zurzeit keine Reserven mehr bietet. In besonderen Situationen müssten dann unter Umständen auch größere Einheiten zur Verfügung gestellt werden. Seiner Auffassung nach sei es der Verwaltung gelungen, die Flüchtlinge immer noch dezentral unterzu-

bringen und damit ganz wesentlich zur Integration dieser Menschen beizutragen. Nun sei es Aufgabe der Politik, die vorgelegte Grundstücksliste zu beraten und Vorschläge zu erarbeiten. Die Vorwürfe von SPD und GRÜNEN sei insoweit völlig ungeRechtfertigt.

TOP 7 Erörterung und Beschluss über die Seniorenarbeit 2016
Vorlage: 1.502/XVI/1208/2016

Da keine Wortmeldungen vorlagen, bat der Vorsitzende um Abstimmung.

Beschluss (einstimmig):

Der Ausschuss stimmt der Durchführung der von der Verwaltung vorgeschlagenen Veranstaltungen und Maßnahmen zu. Dieser Beschluss beinhaltet gleichzeitig die Zustimmung zur Durchführung der Senioren-Karnevalsveranstaltung zu Beginn des Jahres 2017.

TOP 8 Angemessene Kosten der Unterkunft im Sozialleistungsrecht
Vorlage: 1.502/XVI/1206/2016

Der Vorsitzende verwies auf die Verwaltungsvorlage, die das Thema umfassend beschreibt.

Frau E. Kramer hielt die aktuellen Mietobergrenzen für den Bereich der Stadt Leer für absolut nicht mehr marktgerecht. Da Mietwohnungen in diesen Preisgrenzen nicht mehr zu haben seien, wären Hilfebedürftige gezwungen, etwaige Mehrkosten aus dem ohnehin knapp bemessenen Regelsätzen zu zahlen. Man solle hier weiter nachhaken.

Frau Warners stellte aus ihrer praktischen Arbeit klar, dass es insbesondere Jugendlichen kaum noch möglich sei, innerhalb dieser Preissegmente adäquate Wohnungen zu finden. Das Thema müsse deshalb weiter mit dem Landkreis Leer diskutiert werden.

Frau Kuhl hob hervor, dass nur die Stadt Leer negativ von den aktuellen Mietobergrenzen betroffen sei. In den Landkreisgemeinden seien die Miethöchstgrenzen teilweise deutlich angehoben worden. Mit Schreiben vom 26.01.2016 wurde der Landrat auf diese Disparitäten hingewiesen und gebeten, die Regelungen zu den Mietobergrenzen zeitnah den Realitäten anzupassen. Bisher sei eine Reaktion ausgeblieben. Nunmehr seien die Kreistagsmitglieder gefordert, in den politischen Gremien des Landkreises Leer auf diese Problematik hinzuweisen.

TOP 9 Einrichtung einer Steuerungsgruppe "Flüchtlingsunterbringung und Integration" - Antrag der GRÜNEN vom 22. Februar 2016
Vorlage: 1.502/XVI/1211/2016

Gemäß der Beschlusslage wird dieser Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

TOP 10 Bildung eines Migrationsbeirates;
Antrag der CDL-Fraktion vom 26.03.2015
Vorlage: 1.502/XVI/1207/2016

Herr Düngemann hielt den Antrag der CDL-Fraktion vom 26.03.2015 weiterhin aufrecht. Die Bildung eines Migrationsbeirates und damit die Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund an der politischen Arbeit sei heute notwendiger denn je.

Aus Sicht von **Frau Warners** wäre es richtiger, einen solchen Beirat auf Kreisebene einzurichten.

Der Vorsitzende bat nunmehr darüber abzustimmen, ob auf Stadtebene ein Migrationsbeirat eingerichtet werden soll.

Der Antrag der CDL-Fraktion vom 26.03.2015 auf Bildung eines Migrationsbeirates wurde mit 10-Nein-Stimmen und einer Ja-Stimme abgelehnt.

TOP 11 Bericht des Behindertenbeirates

Herr Buddenberg berichtete über folgende Punkte:

- Das Kinocenter in Leer werde umfassend saniert. Mit der Einrichtung einer Aufzuganlage würde nur noch ein Raum nicht barrierefrei zugänglich sein. Zudem würden künftig für hörbehinderte Menschen die Filme mit Untertiteln gezeigt oder für Blinde über sogenannte Apps über Kopfhörer zugänglich gemacht.
- Die Ampelanlagen an der Post/Mühlenplatz sowie an der Hauptstraße in Höhe des Seniorenheimes Prosenis würden zurzeit auf eine bessere Nutzbarkeit und Steuerungsmöglichkeit für Menschen mit Handicap geprüft
- In Abstimmung mit dem Behindertenbeirat werde die Leitlinie für Schwerbehinderte vor dem neuen Hotel an der Ledastraße weiter verbessert. Durch die neue Pflasterung sei die Straße für Rollstuhlfahrer gut nutzbar.
- Im Rahmen der Umgestaltung des Denkmalplatzes sei der Beirat laufend im Gespräch mit den Verantwortlichen, um die Barrierefreiheit zu gewährleisten.

- Ziel der Arbeit des Beirates sei es weiterhin, nun kurzfristig die Barrierefreiheit des Ernst-Reuter-Platz anzugehen. Eine wenn auch teure Möglichkeit sei es, die vorhandene Pflasterung abzuschleifen.

Hierzu bemerkte **Frau Kuhl**, dass die Arbeiten erst dann beginnen, wenn die Finanzierung gesichert sei.

TOP 12 Bericht des Seniorenbeirates

Hierzu berichtete **Herr Ammermann**:

- Die letzte Sitzung des Beirates habe am 10.02. stattgefunden. Man habe sich hier insbesondere mit der Flüchtlingssituation beschäftigt und hierzu einen umfassenden Vortrag von Herrn Hauschild gehört.
- Bereits in der Sitzung des Beirates am 11.11.2015 habe man mit Vertretern des Ausschusses für Stadtentwicklung die aktuelle Wohnraumversorgung in der Stadt Leer diskutiert. Als Vertreter des Ausschusses waren Herr Fricke und Herr Foest eingeladen.
- Am 01.03.2016 habe eine Podiumsdiskussion zum Thema „Sozialer Wohnungsbau“ in der Stadt Leer stattgefunden. Anstoß für diese Veranstaltung habe der Beirat gegeben.

Aufgrund krankheitsbedingter Rücktritte von Frau Lüdemann und Frau Schulz habe es Nachbesetzungen im Seniorenbeirat gegeben. Im Seniorenbeirat arbeiten jetzt Herr Volkers und Frau Spier.

Die nächste Sitzung des Seniorenbeirates sei in 6 Wochen geplant.

TOP 13 Informationen

Es liegen keine Informationen vor.

TOP 14 Anfragen

Frau Kramer fragte an, warum Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die zustehenden Leistungen per Barscheck ausgezahlt werden. Vom Landkreis Leer hätte sie die Auskunft erhalten, dass es den Gemeinden freigestellt sei, auch Kontoüberweisungen zu tätigen.

Herr Plagge wies auf die eindeutigen Regelungen im Asylbewerberleistungsgesetz hin. Nach § 3 Abs. 7 AsylBLG sollen dem Leistungsberechtigten oder einem volljährigen berechtigten Mitglied des Haushaltes die Leistungen in Geld oder Geldwert persönlich ausgehändigt werden. Damit soll sichergestellt werden, dass sich der Personenkreis auch tatsächlich in der Zuweisungsgemeinde aufhält.

Das Schecksystem würde sofort bei Leistungsumstellung auf analoge Ansprüche nach dem SGB II oder eben direkte Leistungsansprüche nach dem SGB II auf Kontozahlung umgestellt werden. In der letzten Amtsleiterbesprechung auf Kreisebene Anfang dieses Jahres sei dieses Verfahren so mit dem Landkreis Leer abgestimmt worden und werde von allen Gemeinden im Landkreis Leer so umgesetzt.

TOP 15 Einwohnerfragestunde zu den behandelten Tagesordnungspunkten

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Herr Schmidt schloss die Sitzung und bedankte sich für die rege Diskussion.

gez. Dieter Schmidt

gez. Beatrix Kuhl

gez. Klaas Plagge

Vorsitzende/r

Bürgermeisterin

Protokollführer

F.d.R.:

Protokollführer